



Peter Weckmann MdL

Neues aus
dem Landtag
02/2015 - März

SPD



Peter Weckmann ... für den Essener Süden!

Aktuell:

- **Sportlerempfang nimmt klare Konturen an**
... Seite 1
- **Open.NRW - Mehr Transparenz im Regierungshandeln**
... Seite 2
- **Landtagstalk „Familie. Beruf. Freizeit.“**
... Seite 2
- **Protest und Dialog - das neue ökologische Jagdgesetz**
... Seite 3
- **Bestandsschutz für ältere Fahrgeschäfte und attraktive Volksfeste**
... Seite 4
- **Neuzuschnitt des Südwahlkreises**
... Seite 5
- **Besuch der Ortsvereine aus meinem Wahlkreis im Landtag**
... Seite 6
- **Konsequenter Kampf für unsere Kommunen zeigt Wirkung**
... Seite 7
- **Jecke Zeit 2014 - Karneval im Essener Süden**
... Seite 7
- **+++kurz notiert+++**
... Seite 8

Frohe und ruhige Ostertage!

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

fast zwei Monate sind nun seit dem letzten Newsletter vergangen. Der Grund hierfür ist ganz einfach: Im Februar hat das Plenum nicht getagt. Gearbeitet haben wir trotzdem genug, die parlamentarische Arbeit in den Ausschüssen, Fraktionen und Arbeitskreisen ging natürlich ihren gewohnten Gang.

An den Plenartagen warteten dieses Mal viele „Termine am Rande“ auf mich. Es gab ein Gespräch zu „Flüchtlingen an Hochschulstandorten“. Hierzu werde ich bestimmt in einem meiner nächsten Newsletter berichten. Zwei Besuchsgruppen hatte ich zu betreuen - eine „eigene“ mit

Vertretern der Ortsvereine aus dem Essener Süden und eine in Vertretung für Dieter Hilser. Freitag hatte sich spontan Albert Ritter angekündigt, da im Plenum der Antrag „Bestandsschutz für ältere Fahrgeschäfte ermöglichen und Attraktivität von Volksfesten mit sicheren Fahrgeschäften erhalten“ behandelt wurde.

Nun viel Spaß beim Lesen! Und natürlich wünsche ich Ihnen/Euch schöne und geruhige Ostertage bei hoffentlich viel Sonnenschein.

Ihr/Euer Peter Weckmann

Ausführliche Informationen zu den letzten Plenartagen gibt es im Newsletter unserer Landtagsfraktion:

- **Anmeldung unter:**
www.spd-fraktion.landtag.nrw.de

Sportlerempfang nimmt klare Konturen an

Über meine erfolgreiche Initiative zu einem Sportlerempfang der SPD-Landtagsfraktion habe ich bereits im letzten Newsletter berichtet. Die Überlegung war, die „Hot Rolling Bears“ ihren Sport - Rollstuhl Basketball - präsentieren zu lassen und auch Gästen die Möglichkeit zu bieten, aus dem Rollstuhl ein paar Körbe zu werfen. Die Landtagsverwaltung hegte hier jedoch Vorbehalte, da sie Beschädigungen befürchtete. Eine für den Laien mit Sicherheit berechnete Sorge. Deshalb lud ich am 18. März

den Vereinspräsidenten Ronny Berger ein, der anschaulich die Planungen erläuterte und die Sorgen zerstreuen konnte. Ein erfolgreicher Termin! Ein schöner Erfolg.



Open.NRW - Mehr Transparenz im Regierungshandeln

Am 16. März wurde durch den Beauftragten der Landesregierung für Informationstechnik, Hartmut Beuß, das Internetportal Open.NRW freigeschaltet. „Das Portal bündelt offene Daten der Verwaltung und bietet den Menschen in NRW eine bessere Beteiligung an politischen Entscheidungen“, so der zuständige Landesminister Ralf Jäger.

In den Kategorien „Bevölkerung“, „Bildung und Wissenschaft“, „Geographie, Geologie und Geobasisdaten“, „Gesetze und Justiz“, „Gesundheit“, „Infrastruktur, Bauen und Wohnen“, „Kultur, Freizeit, Sport und Tourismus“, „Öffentliche Verwaltung, Haushalt und Steuern“, „Politik und Wahlen“, „Soziales“, „Transport und Verkehr“, „Umwelt und Klima“, „Verbraucherschutz“ und „Wirtschaft und Arbeit“ können aktuelle Daten abgerufen werden. Die meisten Daten können übrigens frei (meistens mit der Lizenz unter Quellennennung) verwendet werden und sind natürlich allesamt kostenlos. Die Daten liegen darüber hinaus in gut weiterzuverarbeitenden Formaten (zum Beispiel dem csv-Format) vor. Das bisher vielleicht bekannte leidige Abtippen von pdf Dateien entfällt somit. Zum Starttermin waren 500 Datensätze verfügbar, der Bestand wird jedoch kontinuierlich ausgebaut.

Außerdem stellt das Portal alle Möglichkeiten vor, sich online an politischen Entscheidungen zu betei-

gen. Aktuell können Interessierte zum Beispiel bei der Entstehung des WDR-Gesetzes mitreden. Wie soll der Westdeutsche Rundfunk in Zukunft aussehen? Man kann hier an der Novellierung des WDR-Gesetzes mitarbeiten, egal ob es z.B. um Programm, Werbung oder Kontrolle geht. Je nach Interessenlage kann man hier seine Meinung einbringen. Nach und nach werden weitere Beteiligungsverfahren über das Portal zugänglich gemacht werden.

Die Daten sind frei verfügbar. Lediglich für die Verwendung der Kommentarfunktion ist eine Registrierung unter Angabe von Namen und Emailadresse nötig. Einfach mal reinklicken:

Mitreden - Mitmachen - Mitgestalten!

Der Link zum Internetportal

- www.open.nrw oder direkt hier klicken

Landtagstalk „Familie. Beruf. Freizeit.“



Der nächste Landtagstalk der SPD-Landtagsfraktion steht vor der Tür. Wie immer sind interessierte Genossinnen und Genossen und auch Nichtmitglieder eingeladen. Der Landtagstalk findet am 23. April 2015 ab 17.00 Uhr im SPD-Fraktionssaal im Landtag

statt. Einen Vortrag zum Thema „Die überforderte Gesellschaft - Arbeit und Familie in der Wissensgesellschaft“ hält Prof. Dr. Hans Bertram, Professor für Mikrosoziologie. Daran schließt sich eine von Britta Altenkamp moderierte Diskussion mit weiteren Teilnehmern an.

Das Ende ist für ca. 19.15 Uhr vorgesehen. Weitere Details zu der Veranstaltung können unten stehendem Link entnommen werden.

Link zum Termin und zur Onlineanmeldung

- www.spd-fraktion-nrw.de oder direkt hier klicken

Protest und Dialog - das neue ökologische Jagdgesetz



Hohe Wellen schlägt momentan die Novellierung des Landesjagdgesetzes NRW - der Entwurf des „ökologischen Jagdgesetzes“ - aus dem Haus von Landesumweltminister Johannes Remmel. Anfang Dezember 2014 fand die erste Lesung im Plenum und Ende Februar eine Expertenanhörung statt. Am 18. März hat der Landesjagdverband zu einem Demonstrationzug und einer Kundgebung am Landtag aufgerufen.



Der Gesetzentwurf geht zurück auf den rot-grünen Koalitionsvertrag, in dem eine nach ökologischen Prinzipien und am Tierschutz ausgerichtete Neufassung des Landessjagdgesetzes vereinbart wurde. Änderungen sind unter anderem das Verbot des Abschusses von Hauskatzen und Hunden, die Verringerung der Liste der jagdbaren Arten, Verbot der Nutzung von Totschlagfallen und der Baujagd sowie das Verbot der Hundeausbildung an flugfähigen Enten. In einem 12-Punkte-Papier lehnten die Landesverbände der Jagdvertreter eigentlich alle substanti-

ellen Änderungen ziemlich kompromisslos ab. Sie führen auch direkt zu Beginn der Diskussion schwere Geschütze auf, es fielen Begriffe wie „antidemokratisch“, „verfassungswidrig“, „menschenrechtsfeindlich“ und „reaktionär“, der Gesetzentwurf wurde auf der Kundgebung gar mit dem Ermächtigungsgesetz verglichen. Einem guten Gesprächsklima war das nicht zuträglich. Insbesondere was die Rechtmäßigkeit angeht, hat ein Rechtsgutachten von Dr. Thomas Dünchheim (immerhin seinerzeit CDU-Bürgermeister von Monheim) das Gegenteil bewiesen.

Mich haben Friedhelm Röttgen, Kreisjagdberater der Stadt Essen, und Hans-Bernhard Mann, Vorsitzender der Kreisjägerschaft Essen, stellvertretend für die vier Essener Landtagsabgeordneten angesprochen. Beide wohnen in meinem Wahlkreis in Kettwig. Gemeinsam mit Dieter Hilser und dem „Jagd-Experten“ der SPD-Landtagsfraktion Norbert Meesters, habe ich mich mit beiden am 24. Februar im Landtag getroffen. Ich freue mich, dass dieses Gespräch in einer angenehmen Atmosphäre verlief. Dabei war Norbert Meesters sehr hilfreich, der souverän dargestellt hat, welche Punkte derzeit noch diskutiert werden und welche „nicht mehr verhandelbar“ sind.



Weitere Informationen zum Thema:

- www.umwelt.nrw.de oder direkt hier klicken
- [direkt zum Entwurf des ökologischen Jagdgesetzes](#)

Bestandsschutz für ältere Fahrgeschäfte und attraktive Volksfeste



Wenn Albert Ritter, der Präsident der Europäischen, Deutschen und NRW Schausteller, an einem Plenartag mit den Worten „Wie komme ich denn gleich in den Landtag“ um kurz vor 10 Uhr in meinem Landtagsbüro anruft, dann ist es ein untrügliches Zeichen dafür, dass wir ein Thema aus dem Schaustellerwesen auf der Tagesordnung haben. So war es auch am 20. März: Zu Tagesordnungspunkt 3 lagen zwei Anträge vor - „Bestandsschutz für ältere Fahrgeschäfte ermöglichen und Attraktivität von Volksfesten mit sicheren Fahrgeschäften erhalten“ (SPD und Bündnis/DieGrünen) und „Volksfestkultur in Nordrhein-Westfalen bewahren - europäisch gewollten Bestandsschutz für ältere Fahrgeschäfte nicht aushebeln“ (FDP). Wie die beiden Titel schon erahnen lassen, waren die Anträge nicht Welten voneinander entfernt. Am Ende ist es gelungen, kurzfristig einen gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen, CDU und FDP unter dem Titel des ursprünglichen SPD-



Antrages vorzulegen. Lediglich die Piraten machten nicht mit, aber dazu am Ende mehr.

Hintergrund dieses Antrages ist ein sehr technischer: Im Zuge der technischen Normung auf europäischer Ebene entstand bereits im Jahr 2005 eine neue technische Norm, die unter anderem die Anforderungen an die Beschaffenheit und Sicherheit von Schaustellerfahrgeschäften spezifiziert. Für den Übergang von der bisher geltenden bis zur europäischen Norm war ein Zeitraum von höchstens zehn Jahren vorgesehen. Im Mai 2012 wurde die neue Norm als Technische Baubestimmung auch in NRW eingeführt. Es war kein Hinweis erhalten, dass die Norm nicht für Anlagen und Fahrgeschäfte gilt, die vor 2005 hergestellt wurden.

Diese sogenannten „Fliegenden Bauten“ - im Gegen-



satz zum Beispiel zu baugleichen, aber fest installierten Anlagen in Freizeitparks - erhalten lediglich eine befristete Genehmigung. Die Bauaufsicht fordert für eine Folgegenehmigung nun einen Nachweis der Konformität bestimmter Bauteile mit dem in der Norm beschriebenen Sicherheitsniveau in Form eines Prüfberichtes. Der Prüfbericht kostet mehrere tausend Euro, hinzu kommen eventuelle Nach- oder Umrüstungen an den Fahrgeschäften. Um das Verhältnis deutlich darzustellen: Der Aufwand ist beinahe so hoch, wie bei der Erstprüfung einer Anlage und stellt eine hohe wirtschaftliche Belastung dar. Verständlicherweise hat dieses zu Unsicherheiten bei den Schaustellern geführt. Neben der Wertschätzung für das Schaustellergewerbe

enthielt der Antrag ganz klare Forderungen: Die Landesregierung wurde aufgefordert, im Rahmen der Bauministerkonferenz die bauaufsichtlichen Einführungsbestimmungen der europäischen Sicherheitsnorm unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung zu überprüfen. Ziel soll eine bundeseinheitliche Regelung sein, die auch die Hinweise der Schausteller mit einbezieht. An das Ergebnis müssen die landesrechtlichen Bestimmungen angepasst werden. Darüber hinaus sollen die rechtlichen Rah-

menbedingungen für Anlagen, die vor 2005 entstanden sind, so gestaltet werden, dass die Aufwendungen wirtschaftlich vertretbar sind.

Einzig die Fraktion der Piraten war dagegen. - Warum? Ich habe es nicht verstanden, Albert Ritter übrigens auch nicht!

Weitere Information

- [zum Antrag von SPD, Grünen, CDU & FDP](#)

Neuzuschnitt des Südwahlkreises

§ 2 Absatz 2 Satz 2 des Landeswahlgesetzes bestimmt, dass die Landtagswahlkreise eine annähernd gleich große Einwohnerzahl umfassen sollen. Verfassungsmäßig ausgelegt und unter Beachtung der höchstrichterlichen Rechtsprechung wird für die Einwohnerzahl die deutsche Wohnbevölkerung herangezogen. Nach § 2 des Wahlkreisgesetzes berichtet der Innenminister dem Landtag über die Entwicklung der Bevölkerungszahlen in den Wahlkreisen und legt dar, in welchen Wahlkreisen eine Neueinteilung für nötig erachtet wird. Dieses ist regelmäßig dann der Fall, wenn die Bevölkerungszahl in einem speziellen Wahlkreis um mehr als 20% vom Durchschnitt abweicht. Soweit die formellen Voraussetzungen.



Mit Datum vom 23. Januar 2015 ist der Innenminister dieser Berichtspflicht nachgekommen. Bereits in der Antwort auf eine Kleine Anfrage vom 23. Oktober 2014 hatte er eine kleine Verzögerung bei der Berichtserstellung angekündigt und das mit der Verzögerung bei der Bereitstellung der Zensusergebnisse begründet. In dem dann vorliegenden Bericht wurde im Wahlkreis 68 (Essen IV), dem Essener Südwahlkreis, eine Abweichung von +25,6% ausgewiesen. Eine Zustand, der nach dem Gesetz zum sofortigen Handeln verpflichtet. Was dann folgt ist ein simples Rechenspiel, welche Verschiebungen mit umliegen-

den Wahlkreisen der Bilanz einer ausgeglichenen Bevölkerungszahl am nächsten kommen. Der Innenminister hat einen Vorschlag für den Neuzuschnitt des Südwahlkreises vorgelegt unter Einbeziehung der umliegenden Wahlkreise 66 (Abweichung -3,5%) und 67 (Abweichung -10,3%). Konkret sollen die Stadtteile Byfang und Burgaltendorf dem Wahlkreis 66 und die Stadtteile Bredeneu und Schuir dem Wahlkreis 67 zugeschlagen werden. Damit ergibt sich in allen betroffenen Wahlkreisen nur noch eine minimale Abweichung vom Durchschnitt (WK 66: +6,3%, WK 67: -0,6%; WK 68: +6,1%).

Ein Vorschlag des Ministeriums, der nun parlamentarisch beraten wird. Die parlamentarischen Geschäftsführer aller im Landtag vertretenen Fraktionen hatten deshalb auch bereits Vereinbarungen getroffen, wie dieses Thema zu diskutieren ist. Bezogen auf die Erststimmen und das Direktmandat im Wahlkreis 68 hätte man vielleicht Widerstand der CDU erwarten können. Die CDU verhielt sich jedoch so, wie es die parlamentarischen Gepflogenheiten verlangen: Erst einmal das Gesprächsangebot annehmen und versuchen, zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Anders der „Herr der Kleinen Anfragen“, Ralf Witzel, FDP, der sofort die Landesregierung mit kleinen Anfragen überzog, einen riesigen Skandal witterte und die FDP als benachteiligt darstellte. Blödsinn! Denn auch wenn nicht sicher ist, dass die FDP dem nächsten Landtag angehören wird, so ist auf jeden Fall sicher, dass sie ein Direktmandat wohl nie erringen wird. Mal wieder viel Lärm um nichts!

Besuch der Ortsvereine aus meinem Wahlkreis im Landtag

Am 18. März konnte ich wieder Besuch aus dem Wahlkreis im Landtag begrüßen. Dieses Mal hatte ich Vertreter der Ortsvereine aus meinem Wahlkreis eingeladen. Das Besuchsprogramm sah eine Einführung durch die Landtagsverwaltung und ein kleines Frühstück vor. Frisch gestärkt konnten die Besucherinnen und Besucher dann eine Stunde lang der Plenardebatte von der Besuchertribüne des Landtags aus folgen. Diskutiert wurden zu diesem Zeitpunkt die Themen „Unterbringung von Flüchtlingen“ und „Unterrichtsausfall“. Gerade der erste Punkt ein für die Stadt Essen hoch aktuelles Thema.

Im Anschluss hatte ich die Gelegenheit, meinen Gästen ein wenig über meine Arbeit im Landtag und aktuelle Themen zu berichten, um anschließend in die Diskussion einzusteigen. Für mich immer sehr wichtig, kann ich doch bei solchen Gelegenheiten erfahren, wie unsere politischen Entscheidungen

aus Düsseldorf vor Ort wirken und ankommen. Oftmals tauchen bei der praktischen Umsetzung Probleme auf, die bei Beschlussfassung gar nicht gesehen wurden. Hier heißt es dann, sich der Ratschläge und konstruktiven Hinweise anzunehmen und eventuell nachzubessern. Die Liste der Themen der Diskussion war dann auch wieder ein Fingerzeig, wo in den Stadtteilen der Schuh drückt: Flüchtlingspolitik und Fluglärm bestimmten das Gespräch. Ersteres war für alle eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung aller Beteiligten. Beim Thema Fluglärm wird deutlich, dass immer mehr Menschen im Essener Süden sich hiervon massiv in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt fühlen. Gerade der Lärm am späten Abend und in den Nachtstunden ist hier das Problem. An beiden Themen bleibe ich dran!

Fotos meiner bisherigen Besuchsgruppen:

- www.peter-weckmann.de oder [direkt hier klicken](#)



Konsequenter Kampf für unsere Kommunen zeigt Wirkung

Am 18. März gab es wieder einmal gute Nachrichten für die Kommunen in NRW und somit auch für Essen: Das Bundeskabinett hat eine zusätzliche Entlastung der Kommunen in 2017 mit einem bundesweiten Volumen von 1,5 Milliarden Euro beschlossen. Für Essen bedeutet das nach einer vorläufigen Modellrechnung ca. 17,2 Millionen Euro zusätzlicher Mittel. Das zeigt einmal mehr, dass sich der Kampf der SPD-Vertreter auf allen politischen Ebenen für eine Stärkung der Kommunen insbesondere im Ruhrgebiet lohnt und auszahlt.

Zwar waren für die Jahre 2015 bis 2017 jeweils Entlastungen für die Kommunen mit einem bundesweiten Volumen von jeweils einer Milliarde beschlossen worden. Von diesen Mitteln erhält die Stadt Essen jeweils 12,2 Millionen Euro pro Jahr. Hinzu kommen die bundesweit für die Jahre 2015 und 2016 jeweils beschlossenen Entlastungen zur Bewältigung der

gestiegenen Flüchtlingsströme in den Kommunen. Und auch das jüngst vereinbarte Investitionsprogramm von 3,5 Milliarden Euro für finanzschwache Kommunen kommt Essen zugute. Wie hier die genaue Verteilung auf die Kommunen erfolgt ist noch nicht geklärt. Eine Modellrechnung wird in Kürze erwartet.



Jecke Zeit 2014 - Karneval im Essener Süden



Auch wenn die Hochzeit der Karnevalssession schon wieder vorbei ist, so will ich der jecken Zeit im Südwahlkreis doch gerne noch ein paar Zeilen widmen. Natürlich habe ich mich auch dieses Jahr wieder am karnevalistischen Treiben beteiligt. Fest gebucht ist jedes Jahr die Teilnahme beim Kupferdreher Rosenmontagszug. Natürlich nicht hoch auf dem Wagen, sondern zu Fuß mit den „Roten Teufeln“ der SPD-Kupferdreh. Traditionell ist mein Büroteam, Danielle Schäfer und Daniel Behmenburg, auch immer mit

von der Partie. Auch ein fester Termin ist das Schiebekarrenrennen in Heisingen und natürlich das Fischessen der Arbeiterwohlfahrt Essen am Aschermittwoch. Gestern Abend stand dann der letzte Termin an, der Karnevalsabschluss des Festausschusses Kupferdreher Karneval. Es war wieder eine tolle Zeit!



Weitere Informationen zum Festausschuss Kupferdreher Karneval:

- www.kupferdreherkarneval.de oder [direkt hier klicken](#)

ert +++ kurz notiert +++ kurz notiert +++ kurz notiert +++ kurz notiert



Eine zweite Besuchergruppe konnte ich am 19. März im Landtag begrüßen. In Vertretung des erkrankten Dieter Hilser diskutierte ich mit SPD-Vertretern aus der Bezirksvertretung Kray, Steele, Oststadt und Vertretern des Steeler Kuriers.

Hobbyfotografen sind aufgerufen, sich am Wettbewerb für den Fotojahreskalender 2017 unter dem Motto „Lebendige Gewässer in Nordrhein-Westfalen“ zu beteiligen. Den Gewinnern winken Geldpreise von 150 bis 600 Euro. Weitere Informationen finden sich unter fotowettbewerb.nrw.de.

Die SPD-Fraktion im Landtag hat die Ankündigung eines grundlegenden Kurswechsels der Deutschen Bahn beim Ausbau des Schienenverkehrs in NRW begrüßt. Insbesondere sind hier auch bisher nicht erschlossene Landesteile im Fokus. Jedoch mahnt der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rainer Breuer, die Sicherstellung einer ausreichenden Finanzierung an.

Der Landtag hat am 18. März ein neues Rettungsgesetz für NRW beschlossen. Im Vordergrund stehen die Qualität der Leistungen beim

Rettungsdienst sowie das Wohl der Patientinnen und Patienten. Es werden auch Regelungen zum neu geschaffenen Ausbildungsberuf der Notfallsanitäterin/ des Notfallsanitäters getroffen. Dieser wird den Beruf des Rettungsassistenten ablösen. Die Kosten der Aus- und Fortbildung tragen die Krankenkassen. Den Kommunen wird für die Besetzung der Rettungswagen ein großzügiger Übergangszeitraum bis 2016 eingeräumt, um ihnen genug Zeit zur Ausbildung zu geben.

Das Bundessozialgericht hat der Klage aus NRW stattgegeben: Der Bund muss aus dem Bildungs- und Teilhabepaket insgesamt 284 Millionen Euro zurückzahlen. Auf die Kommunen in NRW entfallen davon ca. 70 Millionen Euro. Hintergrund ist, dass der Bund 2014 rückwirkend nicht verausgabte Gelder aus dem Jahr 2012 zurückgehalten hat. Das Land hatte den Kommunen gestattet, die nicht verausgabten Gelder ab 2013 zur Finanzierung der Schulsozialarbeit zu verwenden. Der Bund hatte dieses Programm zwar mit einer befristeten Finanzierung auf den Weg gebracht, sich aber um die Weiterfinanzierung nicht gekümmert. Seit 2015 zahlt NRW die fehlenden Mittel der Schulsozialarbeit übrigens aus der eigenen Tasche.

Kommunen können BLB-Immobilien zur Unterbringung von Flüchtlingen nutzen. Insbesondere soll dieses dazu dienen, ein unwür-

diges „Turnhallenasyl“ zu vermeiden. Möglich wurde diese Nutzung der Immobilien durch eine Änderung des Haushaltsgesetzes, welche SPD und Grüne gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Piraten durchgesetzt haben. Die Nutzung wird den Kommunen übrigens kostenfrei ermöglicht.

Als Ergänzung zur Ehrenamtskarte hat Ministerin Schäfer die App „Ehrensache.NRW“ vorgestellt. Die mehr als 3.300 Angebote in kommunalen Einrichtungen für Inhaber der Ehrenamtskarte können so leicht aufgerufen werden.

Innenminister Ralf Jäger hat einen zweiten Flüchtlingsgipfel in NRW für den 15. April angekündigt. Wie bereits beim ersten Gipfel im Oktober 2014 in Essen werden dann Vertreter aus Flüchtlingsorganisationen, Kirchen, Verbänden, Kommunen und Politik in der Staatskanzlei über Lösungswege für die Herausforderungen der Flüchtlingspolitik diskutieren.



So erreicht Ihr mich:

Peter Weckmann

Landtag NRW
Postfach 10 11 43
40001 Düsseldorf

Telefon (0211) 8842630
Telefax (0211) 8843064

peter.weckmann@landtag.nrw.de
www.peter-weckmann.de
www.facebook.com/peter.weckmann